



LIEFERVERTRAG

NUMMER – [...]

Die Europäische Atomgemeinschaft (im Folgenden „Gemeinschaft“), vertreten durch die Europäische Kommission (im Folgenden „Auftraggeber“), zur Unterzeichnung dieses Vertrags wiederum vertreten durch Frau Dr. Maria Betti, Direktorin der Gemeinsamen Forschungsstelle („JRC“) Karlsruhe,

einerseits und

[vollständige Bezeichnung bzw. vollständiger Name]

.....

[Rechtsform]

[amtliche Registereintragung oder Ausweis- bzw. Passnummer]

[vollständige Anschrift]

[Umsatzsteuer-Identifikationsnummer]

[federführendes Mitglied, benannt von den Mitgliedern der Gruppe, die ein gemeinsames Angebot abgegeben haben]

(im Folgenden [kollektiv der] „Auftragnehmer“), zur Unterzeichnung dieses Vertrags vertreten durch [Vorname, Name, Funktion des rechtlichen Vertreters und im Falle eines gemeinsamen Angebots Bezeichnung des Unternehmens]

andererseits,

VEREINBAREN

die **besonderen Bedingungen**, die **allgemeinen Bedingungen für Lieferverträge** sowie die folgenden Anhänge:

Anhang I Spezifikationen der Ausschreibung Nr. TD14/LA/TS75 vom 08/09/2016

Anhang Ia FAQ – Fragen und Antworten vom

Anhang II Angebot des Auftragnehmers (Nr. ... vom)

die Bestandteile dieses Vertrags (im Folgenden „Vertrag“) sind.

In diesem Vertrag werden die Pflichten der Vertragsparteien während und nach Ende der Laufzeit des Vertrags festgelegt.

Sämtliche vom Auftragnehmer herausgegebenen Dokumente (Endnutzer-Vereinbarungen, allgemeine Geschäftsbedingungen usw.) mit Ausnahme seines Angebots haben keine Gültigkeit, sofern sie nicht ausdrücklich in den besonderen Bedingungen des Vertrags genannt werden. Bei einem Widerspruch zwischen diesem Vertrag und vom Auftragnehmer herausgegebenen Dokumenten ist in jedem Fall der Vertrag maßgeblich, ungeachtet etwaiger anderslautender Bestimmungen in den Dokumenten des Auftragnehmers.

INHALTSVERZEICHNIS

LIEFERVERTRAG.....	1
Inhaltsverzeichnis	3
I Besondere Bedingungen	5
I.1. Rangfolge der Bestimmungen.....	5
I.2. Vertragsgegenstand	5
I.3. Inkrafttreten und Geltungsdauer	5
I.4. Preis.....	6
I.4.1. Preis des Vertrags und Höchstbetrag	6
I.4.2. Preisanpassungsindex.....	6
I.5. Zahlungsmodalitäten	6
I.5.1. Vorfinanzierung	6
I.5.2. Zwischenzahlung	6
I.5.3. Zahlung des Restbetrags	7
I.6. Sicherheitsleistungen.....	7
I.6.1. Erfüllungsgarantie	7
I.6.2. Gewährleistungseinbehalt	7
I.7. Bankkonto	8
I.8. Kontaktdaten	8
I.9. Für die Datenverarbeitung Verantwortlicher	8
I.10. Kündigung durch eine der Vertragsparteien	9
I.11. Anwendbares Recht und Gerichtsstand	9
I.12. [Sonstige besondere Bedingungen	9
II Allgemeine Bedingungen für den Liefervertrag.....	10
II.1. Begriffsbestimmungen.....	10
II.2. Funktionen und Zuständigkeiten bei gemeinsamen Angeboten	11
II.3. Salvatorische Klausel.....	12
II.4. Erbringung der Lieferungen.....	12
II.5. Kommunikation zwischen den Vertragsparteien.....	16
II.5.1. Kommunikationsmittel und -form	16
II.5.2. Datum der per Post oder E-Mail versandten Mitteilungen	16
II.5.3. Übermittlung elektronischer Dokumente über e-PRIOR	17
II.5.4. Gültigkeit und Datum von e-Dokumenten	17
II.5.5. In e-PRIOR berechnigte Personen.....	18
II.6. Haftung	18
II.7. Interessenkonflikt und kollidierendes berufliches Interesse	19
II.8. Vertraulichkeit	20
II.9. Verarbeitung personenbezogener Daten	20
II.10. Unteraufträge	22
II.11. Vertragsänderungen	22
II.12. Abtretung von Rechten und Pflichten.....	22
II.13. Höhere Gewalt	22
II.14. Pauschalierter Schadenersatz	23
II.14.1. Erfüllungsverzug.....	23
II.14.2. Verfahren	23
II.14.3. Funktion des pauschalierten Schadenersatzes	23
II.15. Preisabzug	24
II.15.1. Qualitätsstandards.....	24

II.15.2. Verfahren	24
II.15.3. Forderungen und Haftung	24
II.16. Aussetzung der Erfüllung des Vertrags	24
II.16.1. Aussetzung durch den Auftragnehmer	24
II.16.2. Aussetzung durch den Auftraggeber	25
II.17. Kündigung des Vertrags	25
II.17.1. Gründe für die Kündigung durch den Auftraggeber.....	25
II.17.2. Gründe für die Kündigung durch den Auftragnehmer	26
II.17.3. Kündigungsverfahren	26
II.17.4. Wirkungen der Kündigung	27
II.18. Rechnungen, Umsatzsteuer und elektronische Rechnungsstellung	27
II.18.1. Rechnungen und Umsatzsteuer.....	27
II.18.2. Elektronische Rechnungsstellung	28
II.19. Preisanpassung	28
II.20. Zahlungen und Sicherheitsleistungen	29
II.20.1. Zahlungsdatum	29
II.20.2. Währung	29
II.20.3. Umrechnung	29
II.20.4. Überweisungskosten	29
II.20.5. Vorfinanzierungsgarantie, Erfüllungsgarantie und Gewährleistungseinbehalt	29
II.20.6. Zwischenzahlungen und Zahlung des Restbetrags	30
II.20.7. Aussetzung der Zahlungsfrist	30
II.20.8. Verzugszinsen.....	31
II.21. Rückforderung	31
II.22. Kontrollen und Prüfungen	32

I BESONDERE BEDINGUNGEN

I.1. RANGFOLGE DER BESTIMMUNGEN

Sollten verschiedene Bestimmungen dieses Vertrags nicht miteinander vereinbar sein, sind die folgenden Regeln zu befolgen:

- (a) Die Bestimmungen der besonderen Bedingungen gehen den übrigen Teilen des Vertrags vor.
- (b) Die Bestimmungen der allgemeinen Bedingungen gehen denen der übrigen Anhänge vor.
- (c) Die Bestimmungen der Spezifikationen der Ausschreibung (Anhang I) gehen denen des Angebots (Anhang II) vor.

I.2. VERTRAGSGEGENSTAND

Gegenstand dieses Vertrags ist die **Austausch der Filterbänke-Asperrklappen in den Flügeln A, B und D.**

I.3. INKRAFTTRETEN UND GELTUNGSDAUER

- I.3.1.** Der Vertrag tritt am Tag seiner Unterzeichnung durch die letzte Vertragspartei in Kraft.
- I.3.2.** Mit der Erfüllung des Vertrags darf nicht begonnen werden, bevor er in Kraft ist.
- I.3.3.** Die Dauer der Erfüllung des Vertrags darf **12 Monate** nicht überschreiten. Die Erfüllung des Vertrags beginnt am Tag des Inkrafttretens dieses Vertrags.

Der Zeitraum für die Erfüllung des Vertrags darf nur mit ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Vertragsparteien vor Ablauf dieses Zeitraums verlängert werden.

- I.3.4.** Die Lieferung der Waren erfolgt frei Haus¹ nach Eggenstein-Leopoldshafen an folgende Adresse:

Europäische Kommission – JRC Karlsruhe
z. H. Herren A. García Miralles/ S. Bastian
Hermann-von-Helmholtz-Platz, 1
D-76344 Eggenstein-Leopoldshafen.

Der Auftragnehmer teilt dem Auftraggeber den genauen Liefertermin mindestens 10 Tage im Voraus mit. Alle Lieferungen erfolgen an dem vereinbarten Ort zwischen 08:00 Uhr und 15:30 Uhr.

¹ Incoterms 2010 der Internationalen Handelskammer: DDP = Delivered Duty Paid = der Auftragnehmer übernimmt alle Kosten und Gefahren, die mit der Lieferung der Waren am Bestimmungsort verbunden sind. Siehe <http://www.iccgermany.de>

I.4. PREIS

I.4.1. Preis des Vertrags und Höchstbetrag

Der gemäß diesem Vertrag zu zahlende Preis (ohne Verlängerungen und ohne Preisanpassungen) beläuft sich auf [...] EUR zuzüglich MwSt. (*Betrag in Zahlen und in Worten*).

I.4.2. Preisanpassungsindex

In diesem Vertrag sind Preisanpassungen nicht vorgesehen.

I.5. ZAHLUNGSMODALITÄTEN

I.5.1. Vorfinanzierung

In diesem Vertrag sind Vorfinanzierungen nicht vorgesehen.

I.5.2. Zwischenzahlung

1.a) 1. Zwischenzahlung – nach Abgabe und Genehmigung der Vorprüfunterlagen durch den Auftraggeber

Der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied) kann gemäß Artikel II.20.6 eine Zwischenzahlung in Höhe von **20 %** des in Artikel I.4.1 genannten jeweilige Teilbeträge beantragen.

Für die Zwischenzahlung reicht der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied), wie in den Spezifikationen der Ausschreibung angegeben, eine Rechnung über e-PRIOR ein, der Folgendes beigefügt ist:

- *Unterlagen, Protokolle und Dokumentation wie im Absatz 2.4 Abnahme der Ausschreibungsspezifikationen, Teil 2: Technische Spezifikationen aufgelistet.*

1.b) 2. Zwischenzahlung – nach erfolgreicher Funktionsprüfung und Inbetriebnahme

Der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied) kann gemäß Artikel II.20.6 eine Zwischenzahlung in Höhe von **60 %** des in Artikel I.4.1 genannten jeweilige Teilbeträge beantragen.

Für die Zwischenzahlung reicht der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied), wie in den Spezifikationen der Ausschreibung angegeben, eine Rechnung über e-PRIOR ein, der Folgendes beigefügt ist:

- *Unterlagen, Protokolle und Dokumentation wie im Absatz 2.4 Abnahme der Ausschreibungsspezifikationen, Teil 2: Technische Spezifikationen aufgelistet.*

2. Für den Auftraggeber gilt eine Frist von 30 Tagen nach Eingang der Rechnung, um die vorgelegten Unterlagen oder die Lieferungen zu billigen und die Zahlung zu leisten.

3. Hat der Auftraggeber Einwände, so legt er sie dem Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – dem federführenden Mitglied) vor und setzt die Zahlungsfrist gemäß Artikel II.20.7 aus.

Der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied) verfügt über eine Frist von 30 Tagen, um zusätzliche Informationen vorzulegen oder Korrekturen oder eine neue Lieferung vorzunehmen, falls vom Auftraggeber verlangt.

4. Innerhalb des verbleibenden Teils der in Absatz 2 genannten Frist billigt der Auftraggeber die vorgelegten Unterlagen oder Leistungen, sofern er sie nicht zum Teil oder zur Gänze ablehnt, und leistet die Zahlung.

I.5.3. Zahlung des Restbetrags - Nach Abnahme, abgenommenem Aufmaß und Übergabe der Iststandsdocumentation.

1. Der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied) kann gemäß Artikel II.20.6 die Zahlung des Restbetrags beantragen nach endgültiger technischer Abnahme.

Für die Zahlung des im Rahmen des Vertrags ausstehenden Restbetrags reicht der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied), wie in den Spezifikationen der Ausschreibung angegeben, eine Rechnung über *e-PRIOR* ein, der Folgendes beigelegt ist:

- *Unterlagen, Protokolle und Dokumentation wie im Absatz 2.4 Abnahme der Ausschreibungsspezifikationen, Teil 2: Technische Spezifikationen aufgelistet.*

2. Für den Auftraggeber gilt eine Frist von 30 Tagen nach Eingang der Rechnung, um die vorgelegten Unterlagen oder die Lieferungen zu billigen und die Zahlung zu leisten.

3. Hat der Auftraggeber Einwände, so legt er sie dem Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – dem federführenden Mitglied) vor und setzt die Zahlungsfrist gemäß Artikel II.20.7 aus.

Der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied) verfügt über eine Frist von 30 Tagen, um vom Auftraggeber verlangte zusätzliche Informationen vorzulegen oder Korrekturen oder eine neue Lieferung vorzunehmen.

4. Innerhalb des verbleibenden Teils der in Absatz 2 genannten Frist billigt der Auftraggeber die vorgelegten Unterlagen oder die Lieferungen, sofern er sie nicht zum Teil oder zur Gänze ablehnt, und leistet die Zahlung.

I.6. SICHERHEITSLEISTUNGEN

In diesem Vertrag sind Sicherheitsleistungen nicht vorgesehen.

I.6.1. Erfüllungsgarantie

In diesem Vertrag ist eine Erfüllungsgarantie nicht vorgesehen.

I.6.2. Gewährleistungseinbehalt

In diesem Vertrag sind Gewährleistungseinbehalte nicht vorgesehen.

I.7. BANKKONTO

Die Zahlungen erfolgen auf das folgende Konto des Auftragnehmers (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das Konto des federführenden Mitglieds) in Euro:

Name der Bank: _____

Anschrift der kontoführenden Zweigstelle: _____

Genaue Bezeichnung des Kontoinhabers: _____

Vollständige Kontonummer (einschließlich der BLZ): _____

I.8. IBAN: KONTAKTDATEN

Korrespondenz im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist an folgende Anschriften zu richten:

Auftraggeber:

Europäische Kommission – JRC Karlsruhe
Postfach 2340
76125 Karlsruhe

für administrative Angelegenheiten:

Herrn A. Jiménez-Segarra (E-Mail: Alfred.Jimenez@ec.europa.eu)

für technische Angelegenheiten:

Herrn S. Bastian (E-Mail: Stephane.Bastian@ec.europa.eu)

Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied):

für administrative Angelegenheiten:

Herr/Frau _____

E-Mail: _____

für technische Angelegenheiten:

Herr/Frau _____

E-Mail: _____

I.9. FÜR DIE DATENVERARBEITUNG VERANTWORTLICHER

Für die Zwecke des Artikels II.9 ist die Direktorin der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission, („JRC“) Karlsruhe, der für die Datenverarbeitung Verantwortliche.

I.10. KÜNDIGUNG DURCH EINE DER VERTRAGSPARTEIEN

Jede Vertragspartei kann den Vertrag schriftlich durch eine förmliche Mitteilung an die andere Vertragspartei mit einer Frist von drei Monaten kündigen.

Wenn der Vertrag gekündigt wird:

- (a) hat keine der Vertragsparteien Anspruch auf Entschädigung;
- (b) hat der Auftragnehmer lediglich für die vor Wirksamwerden der Kündigung erbrachten Lieferungen Anspruch auf eine Vergütung.

Es gelten die Absätze 2, 3 und 4 des Artikels II.17.4.

I.11. ANWENDBARES RECHT UND GERICHTSSTAND

I.11.1. Der Vertrag unterliegt dem Gemeinschafts- bzw. Unionsrecht, das gegebenenfalls durch das Recht von der Bundesrepublik Deutschland ergänzt wird.

I.11.2. Für alle Streitigkeiten über Auslegung, Anwendung oder Gültigkeit des Vertrags sind ausschließlich die Gerichte in Karlsruhe zuständig.

I.12. SONSTIGE BESONDERE BEDINGUNGEN

Nicht zutreffend.

UNTERSCHRIFTEN

Für den Auftragnehmer:

[Firma/Vorname/Name/Funktion]

Unterschrift(en): _____
....., den

Für den Auftraggeber:

Dr. Maria BETTI
Direktorin JRC Karlsruhe

Unterschrift: _____
Karlsruhe, den.....

In zweifacher Ausfertigung in deutscher Sprache.

II ALLGEMEINE BEDINGUNGEN FÜR DEN LIEFERVERTRAG

II.1. BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Für die Zwecke dieses Vertrags bezeichnet der Ausdruck (im Text durch *Kursivschrift* gekennzeichnet):

„Betrug“ jede vorsätzliche Handlung oder Unterlassung zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union betreffend die Verwendung oder Vorlage falscher, unrichtiger oder unvollständiger Erklärungen oder Unterlagen oder das Verschweigen von Informationen unter Verletzung einer spezifischen Pflicht;

„Dokumentation zur Schnittstellenansteuerung (ICD)“ den Leitfaden, der u. a. die technischen Spezifikationen, Nachrichtenstandards, Sicherheitsstandards, Syntax- und Semantikprüfungen enthält, die eine Verbindung von Maschine zu Maschine (M2M) ermöglichen. Dieses Dokument wird regelmäßig aktualisiert;

„EDI-Nachricht“ (elektronischer Datenaustausch) eine Nachricht mit Handels- oder Verwaltungsdaten, die auf Grundlage eines vereinbarten Standards elektronisch erstellt und von Computer zu Computer elektronisch übermittelt wird;

„elektronisches Abwicklungssystem“ das/die interne(n) System(e) der Vertragsparteien für die Abwicklung elektronischer Rechnungen;

„e-PRIOR“ die dienstorientierte Kommunikationsplattform, die eine Reihe von Webdiensten bereitstellt und den Austausch standardisierter elektronischer Nachrichten und Dokumente zwischen den Vertragsparteien ermöglicht. Dieser Austausch erfolgt entweder über Webdienste, über eine Verbindung von Maschine zu Maschine (M2M) durch die *elektronischen Abwicklungssysteme* der Vertragsparteien (*EDI-Nachrichten*) oder über eine Webanwendung (das *Vertragspartnerportal*). Über die Plattform können die Vertragsparteien untereinander elektronische Dokumente (e-Dokumente) wie elektronische *Lieferanforderungen*, elektronische Einzelverträge, elektronische Vertragsmäßigkeitbescheinigungen oder elektronische Rechnungen austauschen. Die technischen Spezifikationen (d. h. die *Dokumentation zur Schnittstellenansteuerung (ICD)*), detaillierte Zugangsinformationen und Benutzerhandbücher sind auf der folgenden Website verfügbar:

http://ec.europa.eu/dgs/informatics/supplier_portal/documentation/documentation_en.htm

„Erfüllung des Vertrags“: die Durchführung von Aufgaben und die Erbringung vom Auftraggeber erworbener Lieferungen durch den Auftragnehmer;

„förmliche Mitteilung“ (oder „förmlich mitteilen“) schriftliche Kommunikation (per Post oder E-Mail) zwischen den Vertragsparteien, bei der der Absender einen stichhaltigen Nachweis erhält, dass die Nachricht an den angegebenen Empfänger zugestellt wurde;

„höhere Gewalt“ unvorhersehbare und außergewöhnliche Situationen oder Ereignisse, die sich dem Einfluss der Vertragsparteien entziehen und eine der Vertragsparteien daran hindern, eine oder mehrere Pflichten aus dem Vertrag zu erfüllen. Diese Situationen oder Ereignisse dürfen nicht auf einen Fehler oder eine Fahrlässigkeit einer Vertragspartei oder eines Unterauftragnehmers zurückzuführen sein und müssen nachweislich trotz der gebotenen

Sorgfalt unabwendbar gewesen sein. Leistungsausfall, Fehler an Ausrüstungsgegenständen oder Material sowie Verzögerungen bei der Bereitstellung, Arbeitsstreitigkeiten, Streiks oder finanzielle Schwierigkeiten können nur dann als *höhere Gewalt* geltend gemacht werden, wenn sie unmittelbar Folge eines anerkannten Falls *höherer Gewalt* sind;

„Interessenkonflikt“ eine Situation, in der der Auftragnehmer aus Gründen der familiären oder privaten Verbundenheit, der politischen Übereinstimmung oder der nationalen Zugehörigkeit, des wirtschaftlichen Interesses oder aus anderen Gründen, die auf einer mit dem Vertragsgegenstand in Zusammenhang stehenden Gemeinsamkeit der Interessen mit dem Auftraggeber oder einem Dritten beruhen, bei der unparteiischen und objektiven *Erfüllung des Vertrags* beeinträchtigt wird;

„kollidierendes berufliches Interesse“ eine Situation, in der frühere oder laufende berufliche Tätigkeiten des Auftragnehmers seine Fähigkeit beeinträchtigen, unter Einhaltung eines angemessenen Qualitätsstandards den Vertrag zu erfüllen;

„Mitteilung“ (oder „mitteilen“) schriftliche Kommunikation, auch auf elektronischem Wege, zwischen den Vertragsparteien;

„Personal“ zum Zwecke der Erfüllung des Vertrags vom Auftragnehmer unmittelbar oder mittelbar beschäftigte oder vertraglich beauftragte Personen;

„schwerwiegender Fehler“ jede Verletzung einer Vertragsbestimmung infolge einer Handlung oder Unterlassung, die zu einem Verlust für den Unionshaushalt führt oder führen könnte;

„Unregelmäßigkeit“ jeden Verstoß gegen eine Bestimmung des EU-Rechts, der Folge einer Handlung oder Unterlassung des Wirtschaftsteilnehmers ist und einen Schaden für den Unionshaushalt bewirkt oder bewirken könnte;

„verbundene Person“ jede Person, die befugt ist, den Auftragnehmer zu vertreten oder in seinem Namen Entscheidungen zu treffen;

„Vertragspartnerportal“: das Portal *e-PRIOR*, das es dem Auftragnehmer ermöglicht, elektronische Unternehmensunterlagen wie Rechnungen über eine grafische Benutzeroberfläche auszutauschen; die wichtigsten Funktionen des Portals können dem Übersichtsdokument über das Vertragspartnerportal entnommen werden, das über folgenden Link aufzurufen ist: http://ec.europa.eu/dgs/informatics/supplier_portal/doc/um_supplier_portal_overview.pdf

„vertrauliche Informationen oder Dokumente“ von einer der Vertragsparteien schriftlich als vertraulich eingestufte Informationen oder Dokumente, die im Zusammenhang mit der *Erfüllung des Vertrags* einer Vertragspartei von der anderen Vertragspartei vorgelegt werden oder auf die eine der Vertragsparteien Zugriff hat. Informationen, die öffentlich zugänglich sind, dürfen nicht darunter fallen;

II.2. FUNKTIONEN UND ZUSTÄNDIGKEITEN BEI GEMEINSAMEN ANGEBOTEN

Wenn eine Gruppe von Wirtschaftsteilnehmern, die als Gruppe keine Rechtspersönlichkeit oder -fähigkeit hat, ein gemeinsames Angebot vorlegt, wird ein Mitglied der Gruppe als federführend benannt.

II.3. SALVATORISCHE KLAUSEL

Jede Bestimmung dieses Vertrags ist von den anderen Bestimmungen abtrennbar und unterscheidet sich von diesen. Wenn eine Bestimmung, auch nur teilweise, rechtswidrig, ungültig oder undurchsetzbar ist oder wird, ist sie vom restlichen Vertrag getrennt zu betrachten. Dadurch wird die Rechtmäßigkeit, Gültigkeit oder Durchsetzbarkeit der anderen Bestimmungen des Vertrags, die ihre uneingeschränkte Gültigkeit und Wirkung behalten, nicht berührt. An die Stelle der rechtswidrigen, ungültigen oder undurchsetzbaren Bestimmung tritt eine rechtmäßige, gültige und durchsetzbare Ersatzbestimmung, die dem am nächsten kommt, was die Parteien mit der rechtswidrigen, ungültigen oder undurchsetzbaren Bestimmung eigentlich beabsichtigt hatten. Bei der Ersetzung einer solchen Bestimmung ist Artikel II.11 zu beachten. Der Vertrag wird so ausgelegt, als hätte er die Ersatzbestimmung bereits seit seinem Inkrafttreten enthalten.

II.4. ERBRINGUNG DER LIEFERUNGEN

II.4.1. Der Auftragnehmer hat die in den Spezifikationen der Ausschreibung festgelegten Mindestanforderungen zu erfüllen. Dazu zählt die Einhaltung der anwendbaren umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen, die durch Unionsrecht, nationales Recht und Kollektivvereinbarungen oder durch die in Anhang X der Richtlinie 2014/24/EU² aufgeführten internationalen umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen geschaffen wurden.

II.4.2. Alle im Vertrag genannten Zeiträume sind, soweit nicht anders angegeben, in Kalendertagen ausgedrückt.

II.4.3. Der Auftragnehmer darf nicht als Vertreter des Auftraggebers auftreten und stellt Dritten gegenüber klar, dass er nicht dem europäischen öffentlichen Dienst angehört.

II.4.4. Der Auftragnehmer haftet für das zur Ausführung des Vertrags eingesetzte *Personal*, das ihm unterstellt ist, ohne dass der Auftraggeber Einfluss nimmt. Der Auftragnehmer unterrichtet sein *Personal* darüber, dass

- (a) es keine unmittelbaren Weisungen vom Auftraggeber entgegennehmen darf und
- (b) die Mitarbeit an der Erbringung der Lieferungen nicht zu einem Beschäftigungs- oder sonstigem vertraglichem Verhältnis mit dem Auftraggeber führt.

II.4.5. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass das für die *Erfüllung des Vertrags* eingesetzte *Personal* sowie etwaiges künftiges Ersatz-*Personal* über die beruflichen Qualifikationen und Erfahrungen verfügt, die für die Erbringung der Lieferungen erforderlich sind und von Fall zu Fall den in den Spezifikationen der Ausschreibung festgelegten Eignungskriterien zu entnehmen sind.

II.4.6. Auf entsprechend begründete Forderung des Auftraggebers ersetzt der Auftragnehmer Mitglieder seines *Personals*, die

- (a) nicht die für die Erbringung der Lieferungen erforderlichen Fachkenntnisse aufweisen oder

² ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65.

- (b) in den Räumlichkeiten des Auftraggebers für Störungen oder Zwischenfälle gesorgt haben.

Der Auftragnehmer trägt die Kosten für den Ersatz seines *Personals* und haftet für jede Verzögerung bei der Erbringung der Lieferungen, die sich aus dem Austausch des *Personals* ergibt.

II.4.7. Der Auftragnehmer meldet jegliche Probleme, die seine Befähigung zur Erbringung der Lieferungen beeinträchtigen, an den Auftraggeber und dokumentiert sie. In der Meldung ist das Problem zu beschreiben und anzugeben, wann es aufgetreten ist und welche Abhilfemaßnahmen der Auftragnehmer ergreift.

II.4.8. Lieferung

- (a) Lieferfrist

Die Lieferfrist wird nach Maßgabe des Artikels I.3 berechnet.

- (b) Liefertermin und Lieferort

Der genaue Liefertermin ist der Kommission innerhalb der in Artikel I.3 festgelegten Frist schriftlich mitzuteilen. Alle Lieferungen erfolgen an dem vereinbarten Ort zu den in Artikel I.3 genannten Zeiten.

Der Auftragnehmer übernimmt alle Kosten und Gefahren im Zusammenhang mit der Lieferung der Waren an den Lieferort.

- (c) Lieferschein

Allen Lieferungen ist ein vom Auftragnehmer oder seinem Spediteur ordnungsgemäß datierter und unterzeichneter Lieferschein in zwei Ausfertigungen beizufügen, der die Nummer des Vertrags und Angaben zu den gelieferten Waren enthält. Eine Ausfertigung des Lieferscheins wird von dem Auftraggeber unterzeichnet und an den Auftragnehmer zurückgesandt oder dessen Spediteur übergeben.

II.4.9. Bescheinigung der Vertragsmäßigkeit

Mit der Unterzeichnung des Lieferscheins gemäß Artikel II.4.10 Buchstabe c bestätigt der Auftraggeber nicht die Vertragsmäßigkeit der Lieferung, sondern lediglich, dass er die betreffenden Waren in Empfang genommen hat.

Die Vertragsmäßigkeit der Lieferung wird dadurch bestätigt, dass der Auftraggeber spätestens einen Monat nach dem Liefertermin eine entsprechende Bescheinigung unterzeichnet, es sei denn, in den besonderen Bedingungen oder in den Spezifikationen der Ausschreibung ist etwas anderes vorgesehen.

Die Vertragsmäßigkeit wird nur dann bescheinigt, wenn die Bedingungen des Vertrags erfüllt sind und die Waren den Spezifikationen der Ausschreibung entsprechen.

Sind die Lieferungen aus Gründen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, für den Auftraggeber nicht annehmbar, so *teilt* der Auftraggeber dies dem Auftragnehmer spätestens bei Ablauf der Frist für die Bescheinigung der Vertragsmäßigkeit schriftlich *mit*.

II.4.10. Vertragsmäßigkeit der gelieferten Waren

Die Waren, die der Auftragnehmer dem Auftraggeber liefert, müssen in Menge, Qualität, Preis und Verpackung dem Vertrag entsprechen.

Die gelieferten Waren müssen

- (a) der Beschreibung in den Spezifikationen der Ausschreibung entsprechen und die Eigenschaften der Waren besitzen, die der Auftragnehmer dem Auftraggeber als Probe oder Muster vorgelegt hat;
- (b) sich für den jeweiligen Bestimmungszweck eignen, den der Auftraggeber dem Auftragnehmer bei Abschluss dieses Vertrags zur Kenntnis gebracht hat und der von diesem bestätigt wurde;
- (c) sich für die Zwecke eignen, für die Waren der gleichen Art gewöhnlich verwendet werden;
- (d) die hohen Qualitätsstandards und die Leistung aufweisen, die bei Waren der gleichen Art üblich sind und die der Auftraggeber angesichts der Beschaffenheit der Waren und der öffentlichen Aussagen des Auftragnehmers oder des Herstellers oder dessen Vertreters über die Eigenschaften der Waren, insbesondere in der Werbung oder auf dem Etikett, berechtigterweise erwarten kann; sie müssen dem neusten Stand in dem betreffenden Wirtschaftszweig sowie den Bestimmungen dieses Vertrags, insbesondere den Spezifikationen der Ausschreibung und den Bedingungen des Angebots, entsprechen;
- (e) in der für Waren dieser Art üblichen Weise oder, falls es eine solche Weise nicht gibt, in einer für die Erhaltung und den Schutz der Waren angemessenen Weise verpackt sein.

II.4.11. Rechtsbehelfe

Der Auftragnehmer haftet gegenüber dem Auftraggeber für jede Vertragswidrigkeit, die zum Zeitpunkt der Prüfung der Lieferungen besteht.

Bei Vertragswidrigkeit hat der Auftraggeber unbeschadet des Artikels II.14, der auf den Gesamtpreis der Lieferungen anwendbaren pauschalierten Schadenersatz vorsieht, Anspruch auf

- (a) entweder unentgeltliche Herstellung des vertragsgemäßen Zustands durch Nachbesserung oder Ersatzlieferung
- (b) oder eine angemessene Minderung des Preises.

Die Nachbesserung oder Ersatzlieferung muss innerhalb einer angemessenen Frist und ohne nennenswerte Unannehmlichkeiten für den Auftraggeber erfolgen, wobei die Art der Waren sowie der Zweck, für den der Auftraggeber sie benötigt, zu berücksichtigen sind.

Der Begriff „unentgeltlich“ unter Buchstabe a bezieht sich auf die für die Herstellung des vertragsgemäßen Zustands der Waren notwendigen Kosten, insbesondere Versand-, Arbeits- und Materialkosten.

II.4.12. Montage

Ist die Montage der gelieferten Waren in den Spezifikationen der Ausschreibung vorgesehen, hat sie innerhalb eines Monats zu erfolgen, es sei denn, in den besonderen Bedingungen ist etwas anderes vorgesehen.

Ein Mangel infolge unsachgemäßer Installierung der Waren wird der Vertragswidrigkeit der Lieferung gleichgestellt, wenn die Installierung Bestandteil des Vertrags ist und vom Auftragnehmer oder unter dessen Verantwortung vorgenommen wurde. Dies gilt ebenso, wenn die Ware vom Auftraggeber selbst zu installieren war und die unsachgemäße Installierung auf einen Mangel in der dazugehörigen Anleitung zurückzuführen ist.

II.4.13. Dienstleistungen im Zusammenhang mit den Lieferungen

Sehen die Spezifikationen der Ausschreibung Dienstleistungen im Zusammenhang mit den Lieferungen vor, sind diese entsprechend zu erbringen.

II.4.14. Allgemeine Bestimmungen bezüglich der Lieferungen

(a) Verpackung:

Die Waren sind in widerstandsfähige Kisten oder auf andere Art so zu verpacken, dass die Unversehrtheit des Inhalts garantiert ist und Beschädigungen oder Qualitätsminderungen vermieden werden. Verpackungen, Paletten usw. und der Inhalt dürfen zusammen nicht mehr als 500 kg wiegen.

Paletten gelten als Einwegverpackung und werden nicht zurückgesandt, es sei denn, in den besonderen Bedingungen oder in den Spezifikationen der Ausschreibung ist etwas anderes vorgesehen. Jede Kiste muss mit einem gut leserlichen Aufkleber mit folgenden Angaben versehen sein:

- Name des Auftraggebers und Lieferadresse;
- Name des Auftragnehmers;
- Bezeichnung des Inhalts;
- Lieferdatum;
- Name und Datum des Vertrags;
- Artikelnummer (EG-Code).

(b) Garantie

Die Garantiefrist bei Herstellungs- und Materialschäden beträgt zwei Jahre ab dem Datum der Lieferung, es sei denn, in den Spezifikationen der Ausschreibung ist eine längere Frist vorgesehen.

Der Auftragnehmer garantiert, dass er alle für die Herstellung und den Verkauf der Waren erforderlichen Genehmigungen und Lizenzen eingeholt hat.

Treten während der Garantiefrist bei bestimmungsgemäßer Verwendung Beschädigungen oder Mängel auf, leistet der Auftragnehmer Ersatz auf eigene Kosten und innerhalb einer angemessenen Frist, die beide Vertragsparteien einvernehmlich festlegen.

Der Auftragnehmer haftet für jede Vertragswidrigkeit, die zum Zeitpunkt der Lieferung besteht, auch wenn die Vertragswidrigkeit erst nach diesem Zeitpunkt offenbar wird.

Der Auftragnehmer haftet auch für Vertragswidrigkeiten, die nach der Lieferung eintreten und darauf zurückzuführen sind, dass er seine Pflichten nicht erfüllt und insbesondere nicht garantiert hat, dass die Waren, wenn sie bestimmungsgemäß oder für einen konkreten Zweck verwendet werden, ihre angegebenen Eigenschaften oder Merkmale für eine bestimmte Zeit behalten.

Wird ein Teil ersetzt, garantiert der Auftragnehmer für das Ersatzteil unter den gleichen Bedingungen für einen Zeitraum von der gleichen Dauer wie die oben vorgesehene Frist.

Stellt sich heraus, dass ein Mangel auf einen systematischen Konstruktionsfehler zurückzuführen ist, ersetzt oder ändert der Auftragnehmer auch alle identischen Teile der anderen Waren, die Bestandteil des Auftrags sind, auch wenn sie zu keinem Zwischenfall geführt haben. In diesem Fall verlängert sich die Garantiefrist wie oben erläutert.

II.5. KOMMUNIKATION ZWISCHEN DEN VERTRAGSPARTEIEN

II.5.1. Kommunikationsmittel und -form

Die Übermittlung von Informationen, Mitteilungen oder Unterlagen im Zusammenhang mit dem Vertrag erfolgt

- (a) schriftlich in Papierform oder elektronischer Form in der Sprache des Vertrags;
- (b) unter Angabe der Vertragsnummer;
- (c) unter Verwendung der entsprechenden in Artikel I.8 angegebenen Kontaktdaten und
- (d) auf dem Postweg, per E-Mail oder, bei den in den besonderen Bedingungen genannten Unterlagen, über *e-PRIOR*.

Wenn eine Vertragspartei eine schriftliche Bestätigung einer E-Mail innerhalb angemessener Zeit anfordert, legt die andere Vertragspartei so rasch wie möglich die unterzeichnete Papierfassung des Originals der *Mitteilung* vor.

Die Vertragsparteien vereinbaren, dass *Mitteilungen* per E-Mail volle rechtliche Wirkung entfalten und als Beweismittel in Gerichtsverfahren zugelassen sind.

II.5.2. Datum der per Post oder E-Mail versandten Mitteilungen

Eine *Mitteilung* gilt als zu dem Zeitpunkt erfolgt, zu dem sie beim Empfänger eingeht, sofern in diesem Vertrag nicht das Absendedatum festgelegt ist.

Eine E-Mail gilt als an dem Tag beim Empfänger eingegangen, an dem sie abgesandt wurde, sofern sie an die in Artikel I.8 genannte E-Mail-Adresse gesandt wird. Der Absender muss einen Nachweis für das Datum der Absendung vorlegen können. Falls der Absender eine Meldung erhält, dass seine E-Mail nicht zugestellt wurde, unternimmt er alles, um dafür zu sorgen, dass die andere Vertragspartei die *Mitteilung* tatsächlich per E-Mail oder Post empfängt. In einem solchen Fall wird dies dem Absender nicht als Verletzung seiner Pflicht zur fristgerechten *Mitteilung* ausgelegt.

Auf dem Postweg versandte *Mitteilungen* gelten als an dem Tag beim Auftraggeber eingegangen, an dem sie von der in Artikel I.8 bezeichneten zuständigen Dienststelle registriert werden.

Förmliche Mitteilungen gelten als an dem Datum beim Empfänger eingegangen, das in dem Nachweis für die Zustellung der Nachricht an den angegebenen Empfänger, der dem Absender vorliegt, genannt ist.

II.5.3. Übermittlung elektronischer Dokumente über e-PRIOR

Falls dies in den besonderen Bedingungen festgelegt ist, erfolgt der Austausch elektronischer Dokumente (e-Dokumente) wie Rechnungen zwischen den Vertragsparteien automatisiert über die Plattform *e-PRIOR*. Auf dieser Plattform stehen zwei Möglichkeiten für einen solchen Austausch zur Verfügung: entweder über Webdienste (Verbindung von Maschine zu Maschine) oder über eine Webanwendung (das *Vertragspartnerportal*).

Der Auftraggeber trifft die erforderlichen Maßnahmen zur Einrichtung und Unterhaltung elektronischer Systeme, die eine effektive Nutzung des *Vertragspartnerportals* ermöglichen.

Bei einer Verbindung von Maschine zu Maschine wird eine direkte Verbindung der *elektronischen Abwicklungssysteme* der Vertragsparteien aufgebaut. In diesem Fall treffen die Vertragsparteien die auf ihrer Seite erforderlichen Maßnahmen zur Einrichtung und Unterhaltung elektronischer Systeme, die eine effektive Nutzung einer Verbindung von Maschine zu Maschine ermöglichen. Die elektronischen Systeme werden in der *Dokumentation zur Schnittstellenansteuerung* (ICD) beschrieben. Der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied) trifft die erforderlichen technischen Maßnahmen für die Einrichtung einer Verbindung von Maschine zu Maschine auf eigene Kosten.

Wenn die Kommunikation über das *Vertragspartnerportal* oder über die Webdienste (Verbindung von Maschine zu Maschine) durch Faktoren verhindert wird, die sich der Kontrolle einer Vertragspartei entziehen, *teilt* die betreffende Partei dies der anderen Vertragspartei unverzüglich *mit* und die Vertragsparteien ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um die Kommunikation wiederherzustellen.

Ist es nicht möglich, die Kommunikation innerhalb von zwei Arbeitstagen wiederherzustellen, so *teilt* eine Vertragspartei der anderen *mit*, dass bis zur Wiederherstellung des *Vertragspartnerportals* oder der Verbindung von Maschine zu Maschine alternative, in Artikel II.5.1 genannte Kommunikationsmittel genutzt werden.

Wenn aufgrund einer Änderung in der *Dokumentation zur Schnittstellenansteuerung* (ICD) Anpassungen erforderlich sind, gilt für den Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied) für die Durchführung dieser Änderung eine Frist von sechs Monaten ab Eingang der *Mitteilung*. Die Vertragsparteien können diese Frist im gegenseitigen Einvernehmen verkürzen. Diese Frist gilt nicht für dringende Maßnahmen, die aufgrund der Sicherheitsvorschriften des Auftraggebers erforderlich sind und mit denen die Integrität, Vertraulichkeit und Nichtabstreitbarkeit der Informationen sowie die Verfügbarkeit der *e-PRIOR*-Plattform gewährleistet werden sollen; solche Maßnahmen sind sofort zu ergreifen.

II.5.4. Gültigkeit und Datum von e-Dokumenten

Die Vertragsparteien vereinbaren, dass jedes über *e-PRIOR* ausgetauschte e-Dokument einschließlich zugehöriger Anhänge

- (a) als einem Papierdokument gleichwertig betrachtet wird;

- (b) als Original des Dokuments erachtet wird;
- (c) für die Vertragspartner rechtlich bindend ist, sobald eine dazu berechtigte Person den Vorgang „sign“ in *e-PRIOR* durchgeführt hat, und dann volle rechtliche Wirkung entfaltet, und
- (d) als Nachweis für die enthaltenen Informationen dient und als Beweismittel in Gerichtsverfahren zugelassen ist.

Der Vertragsparteien verzichten ausdrücklich auf ihr Recht, die Gültigkeit eines solchen Dokuments lediglich mit der Begründung anzufechten, dass die Kommunikation zwischen den Vertragsparteien über *e-PRIOR* erfolgte oder dass das Dokument in *e-PRIOR* unterzeichnet wurde. Wenn für die elektronische Übertragung von Dokumenten eine direkte Verbindung zwischen den *elektronischen Abwicklungssystemen* der Vertragsparteien eingerichtet wird, vereinbaren die Vertragsparteien, dass ein gemäß den Angaben in der *Dokumentation zur Schnittstellenansteuerung (ICD)* versandtes e-Dokument als *EDI-Nachricht* gilt.

Wird das e-Dokument über das *Vertragspartnerportal* versandt, so gilt das Dokument in rechtlicher Hinsicht als ausgestellt oder abgesendet, wenn es dem Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – dem federführenden Mitglied) gelungen ist, das e-Dokument abzusenden, ohne dass er eine Fehlermeldung erhält. Das PDF- und das XML-Dokument, die für das e-Dokument erstellt werden, werden als Nachweis für den Eingang beim Auftraggeber erachtet.

Falls ein e-Dokument über eine direkte, zwischen den *elektronischen Abwicklungssystemen* der Vertragsparteien hergestellte Verbindung versandt wird, gilt es in rechtlicher Hinsicht als ausgestellt oder versandt, wenn sein Status gemäß den Angaben in der *Dokumentation zur Schnittstellenansteuerung (ICD)* „received“ lautet.

Wenn das *Vertragspartnerportal* genutzt wird, kann der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied) die PDF- oder XML-Nachricht für jedes e-Dokument innerhalb eines Jahres nach Versand herunterladen. Ist diese Frist abgelaufen, können keine Kopien der e-Dokumente mehr automatisch aus dem *Vertragspartnerportal* heruntergeladen werden.

II.5.5. In e-PRIOR berechtigte Personen

Der Auftragnehmer übermittelt für jede Person, der in *e-PRIOR* die Nutzerrolle „user“ zugewiesen werden soll, einen Antrag. Die Identität dieser Personen wird über ECAS (European Communication Authentication Service) festgestellt, und sie werden dazu berechtigt, auf *e-PRIOR* zuzugreifen und dort Handlungen im Rahmen der Befugnisse der Nutzerrollen durchzuführen, die der Auftraggeber ihnen zugewiesen hat.

Nutzerrollen, die berechtigten Personen in *e-PRIOR* die Befugnis geben, rechtlich bindende Dokumente wie spezifische Angebote oder Einzelverträge zu unterzeichnen, werden nur nach Vorlage von Nachweisen zugewiesen, aus denen hervorgeht, dass die berechtigte Person dazu befugt ist, als bevollmächtigter Vertreter des Auftragnehmers zu handeln.

II.6. HAFTUNG

II.6.1. Der Auftraggeber haftet nicht für Schäden oder Verluste, die durch den Auftragnehmer bei oder infolge der *Erfüllung des Vertrags* verursacht werden, auch nicht wenn diese Schäden oder Verluste Dritten entstehen.

II.6.2. Der Auftragnehmer schließt eine Versicherung zur Deckung von Risiken und Schäden oder Verlusten im Zusammenhang mit der *Erfüllung des Vertrags* ab, sofern dies nach dem maßgeblichen Recht erforderlich ist. Ferner schließt er eine angemessene, den Gepflogenheiten in seinem Wirtschaftszweig entsprechende Zusatzversicherung ab. Auf Verlangen des Auftraggebers legt der Auftragnehmer einen Nachweis für den Versicherungsschutz vor.

II.6.3. Der Auftragnehmer haftet – auch im Falle der Vergabe von Unteraufträgen – für alle dem Auftraggeber bei oder infolge der Erfüllung des Vertrags entstandenen Schäden oder Verluste, jedoch nur bis zum Dreifachen des Gesamtauftragswerts. Ist der Schaden oder Verlust allerdings auf grobe Fahrlässigkeit oder auf vorsätzlich regelwidriges Verhalten des Auftragnehmers, seines *Personals* oder seiner Unterauftragnehmer zurückzuführen, so haftet der Auftragnehmer in Höhe des gesamten entstandenen Schadens oder Verlustes.

II.6.4. Klagt ein Dritter im Zusammenhang mit der *Erfüllung des Vertrags* gegen den Auftraggeber, so leistet der Auftragnehmer dem Auftraggeber im Gerichtsverfahren Beistand, auch indem er auf Verlangen zugunsten des Auftraggebers eingreift.

Wenn die Haftung des Auftraggebers gegenüber einem Dritten festgestellt wird und diese Haftung vom Auftragnehmer bei oder infolge der *Erfüllung des Vertrags* verursacht wurde, findet Artikel II.6.3 Anwendung.

II.6.5. Handelt es sich beim Auftragnehmer um zwei oder mehr Wirtschaftsteilnehmer (die ein gemeinsames Angebot abgegeben haben), haften sie alle gesamtschuldnerisch gegenüber dem Auftraggeber für die *Erfüllung des Vertrags*.

II.6.6. Der Auftraggeber haftet nicht für Schäden oder Verluste, die dem Auftragnehmer bei oder infolge der *Erfüllung des Vertrags* entstehen, es sei denn, der Schaden oder Verlust ist auf vorsätzlich regelwidriges Verhalten oder auf grobe Fahrlässigkeit des Auftraggebers zurückzuführen.

II.7. INTERESSENKONFLIKT UND KOLLIDIERENDES BERUFLICHES INTERESSE

II.7.1. Der Auftragnehmer trifft alle erforderlichen Vorkehrungen, um Situationen zu vermeiden, in denen *Interessenkonflikte* oder *kollidierende berufliche Interessen* bestehen.

II.7.2. Der Auftragnehmer *teilt* es dem Auftraggeber so schnell wie möglich schriftlich *mit*, wenn bei der *Erfüllung des Vertrags* eine Situation eintritt, die einen *Interessenkonflikt* oder ein *kollidierendes berufliches Interesse* darstellen könnte. Der Auftragnehmer trifft unverzüglich Abhilfemaßnahmen.

Der Auftraggeber kann eine der folgenden Maßnahmen ergreifen:

- (a) überprüfen, ob die Maßnahmen des Auftragnehmers angemessen sind;
- (b)den Auftragnehmer auffordern, innerhalb einer gegebenen Frist weitere Maßnahmen zu treffen;

II.7.3. Der Auftragnehmer gibt alle relevanten Verpflichtungen schriftlich weiter an:

- (a)sein *Personal*;

- (b) jede natürliche Person, die befugt ist, ihn zu vertreten oder in seinem Namen Entscheidungen zu treffen;
- (c) Dritte, auch Unterauftragnehmer, die an der *Erfüllung des Vertrags* beteiligt sind.

Der Auftragnehmer trägt auch dafür Sorge, dass die obengenannten Personen nicht in eine Situation geraten, die zu einem *Interessenkonflikt* führen könnte.

II.8. VERTRAULICHKEIT

II.8.1. Auftraggeber und Auftragnehmer behandeln sämtliche Informationen und Dokumente in jedem Format, die im Zusammenhang mit der *Erfüllung des Vertrags* schriftlich oder mündlich unterbreitet und schriftlich als vertraulich eingestuft werden, als vertraulich.

II.8.2. Jede Vertragspartei

- (a) darf *vertrauliche Informationen oder Dokumente* nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der anderen Vertragspartei für andere Zwecke als für die Erfüllung ihrer sich aus dem Vertrag ergebenden Verpflichtungen nutzen;
- (b) sorgt dafür, dass derartige *vertrauliche Informationen oder Dokumente* dem gleichen Schutzniveau unterliegen wie ihre eigenen *vertraulichen Informationen oder Dokumente*, in jedem Fall jedoch mit der gebotenen Sorgfalt behandelt werden;
- (c) legt *vertrauliche Informationen oder Dokumente* ohne vorherige schriftliche Genehmigung der anderen Vertragspartei weder direkt noch indirekt gegenüber Dritten offen.

II.8.3. Die sich aus diesem Artikel ergebende Vertraulichkeitsverpflichtung bindet sowohl den Auftraggeber als auch den Auftragnehmer während der *Erfüllung des Vertrags* und solange die Informationen oder Dokumente vertraulich bleiben, es sei denn,

- (a) die offenlegende Vertragspartei befreit die empfangende Vertragspartei früher von der Vertraulichkeitsverpflichtung;
- (b) die *vertraulichen Informationen oder Dokumente* gelangen an die Öffentlichkeit, ohne dass gegen die Vertraulichkeitsverpflichtung verstoßen worden wäre;
- (c) das geltende Recht erfordert die Offenlegung der *vertraulichen Informationen oder Dokumente*.

II.8.4. Der Auftragnehmer verlangt von jeder natürlichen Person, die befugt ist, ihn zu vertreten oder in seinem Namen Entscheidungen zu treffen, sowie von Dritten, die an der *Erfüllung des Vertrags* beteiligt sind, eine Zusage, die Bestimmungen dieses Artikels einzuhalten. Auf Verlangen des Auftraggebers legt der Auftragnehmer ein Dokument als Nachweis für diese Zusage vor.

II.9. VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

II.9.1. Die Verarbeitung der im Vertrag enthaltenen personenbezogenen Daten erfolgt gemäß der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung

personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr. Die Verarbeitung dieser Daten durch den für die Verarbeitung der Daten Verantwortlichen dient einzig und allein dem Zweck der *Erfüllung*, Verwaltung und Überwachung *des Vertrags*. Die Daten können jedoch an die Einrichtungen übermittelt werden, die in Anwendung des Unionsrechts mit einer Überwachungs- oder Prüfungsaufgabe betraut sind.

II.9.2. Der Auftragnehmer hat Zugang zu seinen personenbezogenen Daten und Anspruch auf Berichtigung unrichtiger oder unvollständiger Daten. Fragen im Zusammenhang mit der Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten sind an den für die Verarbeitung der Daten Verantwortlichen zu richten.

II.9.3. Der Auftragnehmer kann sich jederzeit an den Europäischen Datenschutzbeauftragten wenden.

II.9.4. Erfordert der Vertrag die Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Auftragnehmer, darf dieser nur auf Weisung des für die Verarbeitung der Daten Verantwortlichen handeln, insbesondere was den Zweck der Verarbeitung, die Kategorien von Daten, die verarbeitet werden dürfen, die Empfänger der Daten und die Möglichkeiten der betroffenen Personen zur Wahrnehmung ihrer Rechte anbelangt.

II.9.5. Der Auftragnehmer gestattet seinem *Personal* den Zugriff auf die Daten nur in dem zur *Erfüllung*, Verwaltung und Überwachung *des Vertrags* unbedingt erforderlichen Maß.

II.9.6. Der Auftragnehmer berücksichtigt die von der Verarbeitung und der Art der betreffenden personenbezogenen Daten ausgehenden Risiken in gebührender Weise und trifft angemessene technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen, um

- (a) zu verhindern, dass Unbefugte Zugang zu Datenverarbeitungssystemen erhalten, mit denen personenbezogene Daten verarbeitet werden, insbesondere:
 - (i) unbefugtes Lesen, Kopieren, Ändern oder Entfernen von Datenträgern;
 - (ii) unbefugte Dateneingabe sowie unbefugte Weitergabe, Änderung oder Löschung gespeicherter personenbezogener Daten;
 - (iii) unbefugte Nutzung von Datenverarbeitungssystemen mit Hilfe von Einrichtungen zur Datenübertragung;
- (b) zu gewährleisten, dass die zur Nutzung eines Datenverarbeitungssystems Befugten ausschließlich auf die ihrer Zugriffsberechtigung unterliegenden personenbezogenen Daten zugreifen können;
- (c) zu erfassen, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit an wen übermittelt worden sind;
- (d) zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten, die im Auftrag Dritter verarbeitet werden, nur entsprechend den Weisungen des Auftraggebers verarbeitet werden können;

- (e) sicherzustellen, dass während der Übertragung personenbezogener Daten sowie beim Transport von Datenträgern die Daten nicht unbefugt gelesen, kopiert oder gelöscht werden können;
- (f) seine Organisationsstruktur in einer Weise zu gestalten, die den Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird.

II.10. UNTERAUFTRÄGE

- II.10.1.** Der Auftragnehmer darf nicht ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers Unteraufträge vergeben oder den Vertrag von einem Dritten erfüllen lassen, der nicht bereits im Angebot des Auftragnehmers erwähnt ist.
- II.10.2.** Selbst wenn der Auftraggeber der Vergabe von Unteraufträgen zustimmt, bleibt der Auftragnehmer an seine vertraglichen Verpflichtungen gebunden und ist allein für die *Erfüllung des Vertrags* verantwortlich.
- II.10.3.** Der Auftragnehmer trägt dafür Sorge, dass der Unterauftrag nicht die Rechte des Auftraggebers gemäß diesem Vertrag berührt, insbesondere nicht die Rechte nach den Artikeln II.8 und II.22.
- II.10.4.** Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer fordern, dass er einen Unterauftragnehmer, der sich in einer Situation gemäß Artikel II.17.1 Buchstabe d oder e befindet, ersetzt.

II.11. VERTRAGSÄNDERUNGEN

- II.11.1.** Jede Änderung des Vertrags ist schriftlich vor Erfüllung aller vertraglichen Verpflichtungen durchzuführen.
- II.11.2.** Jede Änderung des Vertrags darf nicht zu einer Änderung der ursprünglichen Bedingungen des Vergabeverfahrens oder einer Ungleichbehandlung der Bieter führen.

II.12. ABTRETUNG VON RECHTEN UND PFLICHTEN

- II.9.1.** Der Auftragnehmer darf Rechte und Pflichten aus dem Vertrag nicht ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers an Dritte abtreten; dies betrifft auch Zahlungsansprüche und Factoring. In solchen Fällen teilt der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Identität des beabsichtigten Abtretungsempfängers mit.
- II.9.2.** Eine Abtretung von Rechten oder Pflichten durch den Auftragnehmer, die ohne Zustimmung erfolgt, ist gegenüber dem Auftraggeber unwirksam.

II.13. HÖHERE GEWALT

- II.13.1.** Wenn eine Vertragspartei von *höherer Gewalt* betroffen ist, so *teilt* sie dies der anderen Vertragspartei unter Angabe der näheren Umstände, der voraussichtlichen Dauer und der vorhersehbaren Folgen des betreffenden Ereignisses unverzüglich *mit*.

II.10.3. Eine Vertragspartei ist für Verzögerungen oder Nichterfüllungen ihrer Verpflichtungen aus dem Vertrag, die auf *höhere Gewalt* zurückzuführen sind, nicht haftbar. Kann der Auftragnehmer infolge *höherer Gewalt* seine vertraglichen Pflichten nicht erfüllen, so hat er lediglich Anspruch auf Bezahlung der Waren, die tatsächlich geliefert wurden und deren Vertragsmäßigkeit bescheinigt wurde.

II.13.3. Die Vertragsparteien treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um etwaige Schäden infolge *höherer Gewalt* zu begrenzen.

II.14. PAUSCHALISierter SCHADENERSATZ

II.14.1. Erfüllungsverzug

Erfüllt der Auftragnehmer seine vertraglichen Pflichten nicht bis zu dem im Vertrag festgelegten Zeitpunkt, kann der Auftraggeber pro Verzugstag pauschalierten Schadenersatz verlangen, der sich nach folgender Formel bestimmt:

$$0,3 \times (V/d)$$

Dabei gilt:

V ist der Preis der betreffenden Waren oder Lieferung;

d ist die im Vertrag für die Lieferung der betreffenden Waren angegebene Frist oder, falls diese nicht angegeben ist, die in Artikel I.3 festgelegte Dauer der *Erfüllung des Vertrags* in Tagen.

Pauschalierter Schadenersatz kann zusammen mit einem Preisabzug gemäß Artikel II.15 verhängt werden.

II.14.2. Verfahren

Der Auftraggeber *teilt* dem Auftragnehmer seine Absicht, pauschalierten Schadenersatz zu verlangen und dessen Höhe *förmlich mit*.

Der Auftragnehmer kann innerhalb von 30 Tagen nach Eingang dazu Stellung nehmen. Bleibt dies aus, wird die Entscheidung am Tag nach Ablauf der Frist zur Stellungnahme rechtskräftig.

Gibt der Auftragnehmer eine Stellungnahme ab, *teilt* der Auftraggeber dem Auftragnehmer unter Berücksichtigung der betreffenden Anmerkungen *mit*,

(a) dass er davon Abstand nimmt, pauschalierten Schadenersatz zu verlangen, oder

(b) dass er endgültig entschieden hat, pauschalierten Schadenersatz zu verlangen, und wie hoch dieser ist.

II.14.3. Funktion des pauschalierten Schadenersatzes

Die Vertragsparteien erkennen ausdrücklich an, dass gemäß diesem Artikel zu zahlende Beträge keine Vertragsstrafen sind, sondern eine angemessene Entschädigung für den Schaden, der entsteht, wenn die Lieferungen nicht innerhalb der in diesem Vertrag festgelegten Fristen erbracht werden.

II.14.4. Forderungen und Haftung

Forderungen eines pauschalierten Schadenersatzes schränken nicht die tatsächliche oder potenzielle Haftung des Auftragnehmers oder die Rechte des Auftraggebers gemäß Artikel II.17 ein.

II.15. PREISABZUG

II.15.1. Qualitätsstandards

Erbringt der Auftragnehmer die Lieferung nicht im Einklang mit dem Vertrag (im Folgenden „nicht erfüllte Verpflichtungen“) oder erbringt er die Lieferung nicht im Einklang mit dem in den Spezifikationen der Ausschreibung erwarteten Qualitätsniveau (im Folgenden „Erfüllung niederer Qualität“), kann der Auftraggeber im Verhältnis zum Ausmaß der nicht erfüllten Verpflichtungen oder der Erfüllung niederer Qualität Zahlungen kürzen oder ausgezahlte Beträge zurückverlangen. Dies betrifft insbesondere Fälle, in denen gemäß Artikel I.5 vom Auftraggeber ein Dokument auch dann nicht gebilligt oder die Vertragsmäßigkeit einer Lieferung auch dann nicht bescheinigt werden kann, nachdem der Auftragnehmer die zusätzlichen Informationen vorgelegt oder Korrekturen oder eine neue Lieferung vorgenommen hat.

Ein Preisabzug kann zusammen mit pauschaliertem Schadenersatz gemäß Artikel II.14 verhängt werden.

II.15.2. Verfahren

Der Auftraggeber *teilt* dem Auftragnehmer seine Absicht, die Zahlungen zu kürzen, unter Angabe der von ihm errechneten Höhe *förmlich mit*.

Der Auftragnehmer kann innerhalb von 30 Tagen nach Eingang dazu Stellung nehmen. Bleibt dies aus, wird die Entscheidung am Tag nach Ablauf der Frist zur Stellungnahme rechtskräftig.

Gibt der Auftragnehmer eine Stellungnahme ab, *teilt* der Auftraggeber dem Auftragnehmer unter Berücksichtigung der betreffenden Anmerkungen *mit*,

(a) dass er von der beabsichtigten Zahlungskürzung Abstand nimmt, oder

(b) dass er endgültig entschieden hat, eine Zahlungskürzung vorzunehmen, und wie hoch diese ist.

II.15.3. Forderungen und Haftung

Ein Preisabzug schränkt nicht die tatsächliche oder potenzielle Haftung des Auftragnehmers oder die Rechte des Auftraggebers gemäß Artikel II.17 ein.

II.16. AUSSETZUNG DER ERFÜLLUNG DES VERTRAGS

II.16.1. Aussetzung durch den Auftragnehmer

Wenn der Auftragnehmer von *höherer Gewalt* betroffen ist, kann er die *Erfüllung des Vertrags* aussetzen.

Der Auftragnehmer *teilt* dem Auftraggeber die Aussetzung unverzüglich *mit*. In der Mitteilung beschreibt der Auftragnehmer die Umstände der *höheren Gewalt* und gibt an, wann er erwartet, die Erfüllung des Vertrags wieder aufnehmen zu können.

Sobald der Auftragnehmer in der Lage ist, die *Erfüllung des Vertrags* wieder aufzunehmen, *teilt* er dies dem Auftraggeber *mit*, es sei denn, der Auftraggeber hat den Vertrag bereits gekündigt.

II.16.2. Aussetzung durch den Auftraggeber

Der Auftraggeber kann die *Erfüllung des Vertrags* oder die Erfüllung eines Teils davon aussetzen,

- (a) wenn das Verfahren zur Vergabe des Vertrags oder die *Erfüllung des Vertrags* mit *schwerwiegenden Fehlern* oder *Unregelmäßigkeiten* behaftet ist oder *Betrug* vorliegt;
- (b) um zu prüfen, ob die mutmaßlichen *schwerwiegenden Fehler* oder *Unregelmäßigkeiten* oder der mutmaßliche *Betrug* tatsächlich vorliegen.

Der Auftraggeber *teilt* dem Auftragnehmer die Aussetzung *förmlich mit*. Die Aussetzung ist von dem Tag der *förmlichen Mitteilung* an oder von einem in der *förmlichen Mitteilung* angegebenen späteren Tag an wirksam.

Der Auftraggeber *teilt* dem Auftragnehmer so bald wie möglich *mit*,

- (a) ob er die Aussetzung aufhebt oder
- (b) ob er den Vertrag gemäß Artikel II.17.1 Buchstabe f oder j kündigen will.

Der Auftragnehmer hat im Falle der Aussetzung des Vertrags oder eines Teils davon keinen Anspruch auf Entschädigung.

II.17. KÜNDIGUNG DES VERTRAGS

II.17.1. Gründe für die Kündigung durch den Auftraggeber

Der Auftraggeber kann den Vertrag in folgenden Fällen kündigen:

- (a) wenn die Erbringung der Lieferungen im Rahmen des Vertrags nicht binnen 15 Tagen nach dem geplanten Datum tatsächlich aufgenommen wurde und der Auftraggeber das gegebenenfalls vorgeschlagene neue Datum vor dem Hintergrund von Artikel II.11.2 für unannehmbar erachtet;
- (b) wenn der Auftragnehmer aus einem von ihm selbst zu vertretenden Grund eine der zur *Erfüllung des Vertrags* erforderlichen Genehmigungen oder Lizenzen nicht einholen kann;
- (c) wenn der Auftragnehmer den Vertrag nicht im Einklang mit den Spezifikationen der Ausschreibung erfüllt oder einer anderen wesentlichen vertraglichen Verpflichtung nicht nachkommt.
- (d) wenn sich der Auftragnehmer oder eine Person, die unbegrenzt für die Schulden dieses Auftragnehmers haftet, in einer der in Artikel 106 Absatz 1 Buchstaben a und b der Haushaltsordnung genannten Situationen befindet;

- (e) wenn sich der Auftragnehmer oder eine mit ihm *verbundene Person* in einer der in Artikel 106 Absatz 1 Buchstaben c bis f oder Artikel 106 Absatz 2 der Haushaltsordnung genannten Situationen befindet;
- (f) wenn das Verfahren zur Vergabe des Vertrags oder die *Erfüllung des Vertrags* mit *schwerwiegenden Fehlern* oder *Unregelmäßigkeiten* behaftet ist oder *Betrug* vorliegt;
- (g) wenn der Auftragnehmer die anwendbaren umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen, die durch Unionsrecht, nationales Recht und Kollektivvereinbarungen oder durch die in Anhang X der Richtlinie 2014/24/EU aufgeführten internationalen umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen geschaffen wurden, nicht einhält;
- (h) wenn der Auftragnehmer sich in einer Situation befindet, die einen *Interessenkonflikt* oder ein *kollidierendes berufliches Interesse* gemäß Artikel II.7 darstellen könnte;
- (i) wenn durch Änderungen rechtlicher, finanzieller, technischer oder organisatorischer Art oder der Eigentumsverhältnisse aufseiten des Auftragnehmers vermutlich die *Erfüllung des Vertrags* substanziell beeinträchtigt wird oder die Bedingungen, unter denen der Vertrag ursprünglich vergeben wurde, sich dadurch substanziell ändern;
- (j) im Falle *höherer Gewalt*, wenn entweder eine Wiederaufnahme der Ausführung unmöglich ist oder die sich ergebenden erforderlichen Änderungen des Vertrags dazu führen würden, dass der Vertrag den Spezifikationen der Ausschreibung nicht mehr gerecht wird oder dass Bieter oder Auftragnehmer ungleich behandelt werden;

II.17.2. Gründe für die Kündigung durch den Auftragnehmer

Der Auftragnehmer kann den Vertrag kündigen, wenn

- (a) er dem Auftraggeber *schwerwiegende Fehler*, *Unregelmäßigkeiten* oder *Betrug* während des Verfahrens zur Vergabe des Vertrags oder bei der *Erfüllung des Vertrags* nachweisen kann;
- (b) wenn der Auftraggeber seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, insbesondere der Verpflichtung, dem Auftragnehmer die zur *Erfüllung des Vertrags* gemäß den Spezifikationen der Ausschreibung nötigen Informationen zu liefern.

II.17.3. Kündigungsverfahren

Die betreffende Vertragspartei *teilt* der anderen Vertragspartei ihre Absicht, den Vertrag zu kündigen, unter Angabe der Gründe *förmlich mit*.

Die andere Vertragspartei kann innerhalb von 30 Tagen nach Eingang dazu Stellung nehmen und gibt dabei auch an, welche Maßnahmen sie ergriffen hat, um ihren vertraglichen Verpflichtungen weiterhin nachzukommen. Bleibt dies aus, wird die Kündigung am Tag nach Ablauf der Frist zur Stellungnahme rechtskräftig.

Wenn die andere Vertragspartei eine Stellungnahme abgibt, *teilt* die Vertragspartei mit der Kündigungsabsicht ihr entweder die Rücknahme dieser Absicht oder die endgültige Entscheidung zu kündigen *förmlich mit*.

In den in Artikel II.17.1 Buchstaben a bis d und g bis i sowie Artikel II.17.2 genannten Fällen ist in der *förmlichen Mitteilung* das Datum anzugeben, zu dem die Kündigung wirksam wird.

In den in Artikel II.17.1 Buchstaben e, f und j genannten Fällen wird die Kündigung an dem Tag wirksam, der auf den Tag folgt, an dem der Auftragnehmer die *Mitteilung* über die Kündigung erhält.

Außerdem leistet der Auftragnehmer auf Wunsch des Auftraggebers und ungeachtet des Kündigungsgrunds jede notwendige Unterstützung einschließlich der Bereitstellung von Informationen, Unterlagen und Dateien, damit der Auftraggeber die Lieferungen ohne Unterbrechung oder nachteilige Auswirkungen auf deren Qualität oder Kontinuität abschließen, weiterführen oder von einem neuen Auftragnehmer oder intern übernehmen lassen kann. Die Vertragsparteien können sich auf einen Übergabeplan einigen, in dem die Unterstützung durch den Auftragnehmer im Einzelnen dargelegt wird, es sei denn, ein solcher Plan ist bereits in anderen Vertragsunterlagen oder in den Spezifikationen der Ausschreibung enthalten. Der Auftragnehmer leistet diese Unterstützung ohne zusätzliche Kosten, es sei denn, er kann nachweisen, dass dazu erhebliche zusätzliche Ressourcen und Mittel erforderlich sind; in diesem Fall legt er einen Kostenvoranschlag vor, und die Vertragsparteien verhandeln in gutem Glauben über eine Einigung.

II.17.4. Wirkungen der Kündigung

Der Auftragnehmer ist haftbar für dem Auftraggeber infolge der Kündigung des Vertrags entstehende Schäden; dies umfasst auch die Kosten der Benennung eines anderen Auftragnehmers, der die Lieferungen erbringt oder abschließt, es sei denn, der Schaden ist auf die in Artikel II.17.1 Buchstabe j oder Artikel II.17.2 aufgeführten Situationen zurückzuführen. Der Auftraggeber kann für solche Schäden eine Entschädigung fordern.

Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf eine Entschädigung für infolge der Kündigung des Vertrags entstehende Verluste; dies umfasst auch entgangenen Gewinn, es sei denn, der Verlust ist auf die in Artikel II.17.2 aufgeführten Situationen zurückzuführen.

Der Auftragnehmer trifft alle geeigneten Maßnahmen, um die Ausgaben möglichst gering zu halten, Schäden zu vermeiden und von ihm selbst eingegangene Verpflichtungen zu annullieren oder deren Umfang zu reduzieren.

Der Auftragnehmer übermittelt sämtliche Berichte sowie Rechnungen für vor dem Datum der Kündigung erbrachte Lieferungen innerhalb von 60 Tagen ab dem Datum der Kündigung.

Bei gemeinsamen Angeboten kann der Auftraggeber den Vertrag gegenüber jedem Mitglied der Gruppe auf der Grundlage von Artikel II.17.1 Buchstaben d, e oder g und unter den in Artikel II.11.2 genannten Bedingungen getrennt kündigen.

II.18. RECHNUNGEN, UMSATZSTEUER UND ELEKTRONISCHE RECHNUNGSSTELLUNG

II.18.1. Rechnungen und Umsatzsteuer

In Rechnungen sind der Auftragnehmer (oder bei gemeinsamen Angeboten das federführende Mitglied), der Rechnungsbetrag, die Währung, das Rechnungsdatum und die Vertragsnummer anzugeben.

In den Rechnungen des Auftragnehmers (oder – bei gemeinsamen Angeboten – des federführenden Mitglieds) ist der Ort der Leistung im umsatzsteuerlichen Sinne anzugeben; Beträge mit Umsatzsteuer und Beträge ohne Umsatzsteuer sind gesondert auszuweisen.

Der Auftraggeber ist im Einklang mit den Artikeln 3 und 4 des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union von allen Steuern und Abgaben und damit auch von der Umsatzsteuer befreit.

Der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied) unternimmt alle behördlichen Schritte, um sicherzustellen, dass die zur *Erfüllung des Vertrags* benötigten Lieferungen und Dienstleistungen von allen Steuern und Abgaben, einschließlich der Umsatzsteuer, befreit sind.

II.18.2. Elektronische Rechnungsstellung

Wenn dies in den besonderen Bedingungen so vorgesehen ist, übermittelt der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied) Rechnungen auf elektronischem Wege, sofern die Bedingungen für eine elektronische Signatur, die in der Richtlinie 2006/112/EG über das Mehrwertsteuersystem festgelegt sind, erfüllt sind, d. h. unter Verwendung einer qualifizierten elektronischen Signatur oder durch elektronischen Datenaustausch.

Der Rechnungsversand im Standardformat (pdf) oder per E-Mail wird nicht akzeptiert.

II.19. PREISANPASSUNG

Ist gemäß Artikel I.4.2 ein Preisanpassungsindex vorgesehen, so ist dieser Artikel dafür anzuwenden.

Im ersten Vertragsjahr sind die Preise Festpreise und können nicht angepasst werden.

Ab dem zweiten Vertragsjahr kann jeder Preis zu Beginn eines jeden Vertragsjahres auf Antrag einer der Vertragsparteien nach oben oder unten angepasst werden.

Die Vertragsparteien beantragen die Preisanpassung spätestens drei Monate vor Ablauf jeden Vertragsjahres nach Inkrafttreten des Vertrags schriftlich. Die andere Vertragspartei bestätigt den Eingang dieses Antrags innerhalb von 14 Tagen.

Am Tag, an dem das betreffende Vertragsjahr abläuft, teilt der Auftraggeber den endgültigen Index für den Monat mit, in dem der Antrag eingegangen ist, oder – falls dieser nicht vorliegt – den letzten verfügbaren vorläufigen Index für diesen Monat. Der Auftragnehmer ermittelt auf dieser Grundlage diesen neuen Preis und teilt ihn so schnell wie möglich dem Auftraggeber zur Überprüfung mit.

Die Preisanpassung erfolgt nach folgender Formel:

$$Pr = Po \times \left(\frac{Ir}{Io} \right)$$

Dabei gilt: Pr = angepasster Preis;

Po = Preis im Angebot;

Io = Index für den Monat, in dem der Vertrag in Kraft tritt;

Ir = Index für den Monat, in dem der Antrag auf Preisanpassung eingeht.

II.20. ZAHLUNGEN UND SICHERHEITSLEISTUNGEN

II.20.1. Zahlungsdatum

Zahlungen gelten als an dem Tag geleistet, an dem das Konto des Auftraggebers belastet wird.

II.20.2. Währung

Zahlungen werden in EUR oder in der in Artikel I.7 genannten Währung geleistet.

II.20.3. Umrechnung

Der Auftraggeber nimmt Umrechnungen zwischen EUR und einer anderen Währung zu dem im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlichten EUR-Tageskurs vor oder, wenn dies nicht möglich ist, zu dem von der Europäischen Kommission ermittelten und auf der unten genannten Website veröffentlichten monatlichen Buchungskurs für den Tag, an dem der Auftraggeber die Zahlungsanweisung ausstellt.

Der Auftragnehmer nimmt Umrechnungen zwischen EUR und einer anderen Währung zu dem von der Europäischen Kommission ermittelten und auf der unten genannten Website veröffentlichten monatlichen Buchungskurs vor, der am Rechnungsdatum gilt.

http://ec.europa.eu/budget/contracts_grants/info_contracts/infoeuro/infoeuro_de.cfm

II.20.4. Überweisungskosten

Hinsichtlich der Überweisungskosten gilt Folgendes:

- (a) Der Auftraggeber trägt die von seiner Bank in Rechnung gestellten Gebühren für ausgehende Überweisungen;
- (b) der Auftragnehmer trägt die von seiner Bank in Rechnung gestellten Gebühren für eingehende Überweisungen;
- (c) verursacht eine Vertragspartei eine nochmalige Überweisung, trägt sie die Gebühren dafür.

II.20.5. Vorfinanzierungsgarantie, Erfüllungsgarantie und Gewährleistungseinbehalt

Wird gemäß Artikel I.6 für eine Vorfinanzierung eine Sicherheit in Form einer Erfüllungsgarantie oder eines Gewährleistungseinhalts verlangt, sind folgende Bedingungen zu erfüllen:

- (a) Die Sicherheit wird von einer Bank oder einem vom Auftraggeber anerkannten Finanzinstitut oder, auf Ersuchen des Auftragnehmers und mit Zustimmung des Auftraggebers, von einem Dritten geleistet;
- (b) der Garantiegeber leistet die Sicherheit auf erste Anforderung und verzichtet auf die Einrede der Vorausklage gegen den Hauptschuldner (den Auftragnehmer).

Der Auftragnehmer trägt die Kosten dieser Sicherheitsleistung.

Eine Vorfinanzierungsgarantie bleibt wirksam, bis die Vorfinanzierung mit den Zwischenzahlungen oder dem Restbetrag verrechnet worden ist. Wenn die Zahlung des Restbetrags durch eine Einziehungsanordnung erfolgt, bleibt die Vorfinanzierungsgarantie drei Monate lang wirksam, nachdem die Einziehungsanordnung an den Auftragnehmer abgesandt worden ist. Der Auftraggeber gibt die Garantie innerhalb des folgenden Monats frei.

Erfüllungsgarantien sichern die Einhaltung wesentlicher vertraglicher Verpflichtungen, bis der Auftraggeber die betreffende Lieferung endgültig gebilligt hat. Eine Erfüllungsgarantie darf nicht mehr als 10 % des im Vertrag genannten Gesamtpreises betragen. Der Auftraggeber gibt die Garantie nach der endgültigen Billigung der betreffenden Lieferung in vollem Umfang frei, wie im Vertrag vorgesehen.

Gewährleistungseinbehalte sichern die vollständige Erbringung der Lieferungen nach Maßgabe des Vertrags – auch während des vertraglichen Haftungszeitraums – bis zur endgültigen Billigung durch den Auftraggeber. Ein Gewährleistungseinbehalt darf nicht mehr als 10 % des im Vertrag genannten Gesamtpreises betragen. Der Auftraggeber gibt den Einbehalt nach Ablauf des vertraglichen Haftungszeitraums frei, der im jeweiligen Vertrag festgelegt ist.

Hat der Auftraggeber eine Erfüllungsgarantie gefordert, kann er nicht zusätzlich einen Gewährleistungseinbehalt fordern.

II.20.6. Zwischenzahlungen und Zahlung des Restbetrags

Für eine Zwischenzahlung reicht der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied), wie in Artikel I.5 oder in den Spezifikationen der Ausschreibung angegeben, eine Rechnung ein.

Für die Zahlung des Restbetrags reicht der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied), wie in Artikel I.5 oder in den Spezifikationen der Ausschreibung angegeben, innerhalb von 60 Tagen nach dem Ende der Frist für die Erbringung der Lieferungen eine Rechnung ein.

Mit der Begleichung der Rechnung und der Billigung der Unterlagen werden die Ordnungsmäßigkeit, Authentizität, Vollständigkeit und Korrektheit der darin enthalten Erklärungen und Informationen nicht bestätigt.

Die Zahlung des Restbetrags kann im Wege der Einziehung erfolgen.

II.20.7. Aussetzung der Zahlungsfrist

Der Auftraggeber kann die in Artikel I.5 genannten Zahlungsfristen jederzeit aussetzen, indem er dem Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – dem federführenden Mitglied) *mitteilt*, dass seine Rechnung nicht bearbeitet werden kann. Mögliche Gründe, aus denen der Auftraggeber eine Rechnung nicht bearbeiten kann, sind:

- (a) sie ist nicht mit dem Vertrag vereinbar;
- (b) der Auftragnehmer hat nicht die richtigen Lieferungen erbracht oder nicht die richtigen Unterlagen vorgelegt oder
- (c) der Auftraggeber bringt Einwände gegen die mit der Rechnung gelieferten Waren oder vorgelegten Unterlagen vor.

Eine derartige Fristaussetzung *teilt* der Auftraggeber dem Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – dem federführenden Mitglied) unter Angabe der Gründe so schnell wie möglich *mit*.

Die Aussetzung wird an dem Tag wirksam, an dem der Auftraggeber die *Mitteilung* absendet. Die Zahlungsfrist läuft ab dem Tag weiter, an dem die angeforderten Informationen oder die überarbeiteten Unterlagen eingehen oder die erforderlichen weiteren Prüfungen samt Kontrollen vor Ort abgeschlossen sind. Übersteigt der Aussetzungszeitraum zwei Monate, kann der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied) vom Auftraggeber eine Begründung für die weitere Aussetzung verlangen.

Wurde eine Zahlungsfrist wegen der Zurückweisung einer in Absatz 1 dieses Artikels genannten Unterlage ausgesetzt und wurde die neue Unterlage ebenfalls zurückgewiesen, behält sich der Auftraggeber das Recht vor, den Vertrag gemäß Artikel II.17.1 Buchstabe c zu kündigen.

II.20.8. Verzugszinsen

Bei Ablauf der in Artikel I.5 genannten Zahlungsfrist hat der Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied) Anspruch auf Verzugszinsen zu dem von der Europäischen Zentralbank für ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte in EUR angewandten Zinssatz (dem Referenzzinssatz) plus acht Prozentpunkte. Als Referenzzinssatz gilt der im *Amtsblatt der Europäischen Union*, Reihe C, veröffentlichte Zinssatz für den ersten Tag des Monats, in dem die Zahlungsfrist endet.

Die Aussetzung von Zahlungsfristen gemäß Artikel II.20.7 gilt für die Zwecke der Zinsberechnung nicht als Zahlungsverzug.

Die Verzugszinsen decken den Zeitraum von dem auf das Fälligkeitsdatum folgenden Tag bis einschließlich zum Tag der Zahlung im Sinne von Artikel II.20.1 ab.

Belaufen sich die berechneten Verzugszinsen jedoch auf nicht mehr als 200 EUR, sind sie nur dann an den Auftragnehmer (oder – bei gemeinsamen Angeboten – das federführende Mitglied) zu zahlen, wenn dieser sie innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der verspäteten Zahlung anfordert.

II.21. RÜCKFORDERUNG

II.21.1. Ist eine Einziehung nach Maßgabe des Vertrags gerechtfertigt, erstattet der Auftragnehmer dem Auftraggeber den betreffenden Betrag.

II.21.2. Einziehungsverfahren

Vor der Einziehung *teilt* der Auftraggeber dem Auftragnehmer seine Absicht, den beanspruchten Betrag einzuziehen, unter Angabe der Höhe des Betrags und der Gründe für die Einziehung *förmlich mit* und fordert den Auftragnehmer auf, eine etwaige Stellungnahme innerhalb von 30 Tagen abzugeben.

Geht keine Stellungnahme ein oder beschließt der Auftraggeber trotz der abgegebenen Stellungnahmen, am Einziehungsverfahren festzuhalten, bestätigt er die Einziehung durch die *förmliche Mitteilung* einer Einziehungsanordnung an den Auftragnehmer, in der das

Zahlungsdatum genau angegeben ist. Der Auftragnehmer zahlt nach Maßgabe der Bestimmungen in der Einziehungsanordnung.

Zahlt der Auftragnehmer nicht bis zum Fälligkeitstermin, kann der Auftraggeber den fälligen Betrag nach schriftlicher Unterrichtung des Auftragnehmers auf folgende Weise einziehen:

- (a) durch Verrechnung mit Beträgen, die die Union oder die Europäische Atomgemeinschaft dem Auftragnehmer schuldet;
- (b) durch die Inanspruchnahme einer Sicherheitsleistung, sofern der Auftraggeber dem Auftraggeber eine solche vorgelegt hat;
- (c) durch die Einleitung rechtlicher Schritte.

II.21.3. Verzugszinsen

Zahlt der Auftragnehmer den geschuldeten Betrag nicht innerhalb der vom Auftraggeber in der Einziehungsanordnung gesetzten Frist, fallen Verzugszinsen zu dem in Artikel II.20.8 genannten Satz an. Die Verzugszinsen decken den Zeitraum von dem auf das Fälligkeitsdatum folgenden Tag bis zu dem Tag ab, an dem der geschuldete Betrag vollständig beim Auftraggeber eingeht.

Teilzahlungen werden zunächst auf die Kosten und Verzugszinsen, dann auf die Hauptschuld angerechnet.

II.21.4. Bestimmungen für die Einziehung bei gemeinsamen Angeboten

Wird der Vertrag mit einer Gruppe abgeschlossen (gemeinsames Angebot), ist die Gruppe unter den in Artikel II.6 (Haftung) genannten Bedingungen gesamtschuldnerisch haftbar. Der Auftraggeber fordert zunächst den gesamten Betrag vom federführenden Mitglied.

Zahlt das federführende Mitglied nicht bis zum Fälligkeitstermin und kann der Betrag nicht gemäß Artikel II.21.2 Buchstabe a verrechnet werden, so kann der Auftraggeber durch *Mitteilung* der bereits gemäß Artikel II.21.2 an das federführende Mitglied abgesandten Einziehungsanordnung von jedem anderen Mitglied der Gruppe den gesamten Betrag fordern.

II.22. KONTROLLEN UND PRÜFUNGEN

II.22.1. Der Auftraggeber und das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung dürfen die *Erfüllung des Vertrags* kontrollieren oder ein Audit der *Erfüllung des Vertrags* verlangen. Diese Kontrollen und Audits können vom Personal des OLAF oder von einer anderen dazu bevollmächtigten externen Einrichtung durchgeführt werden.

Sie können jederzeit während der Erbringung der Lieferungen und danach während eines Zeitraums von fünf Jahren, beginnend mit der Zahlung des Restbetrags, eingeleitet werden.

Das Audit gilt als an dem Tag eingeleitet, an dem das vom Auftraggeber abgesandte entsprechende Schreiben eingeht. Audits sind vertraulich.

II.22.2. Der Auftragnehmer bewahrt die Originalunterlagen, auch digitalisierte Originale, sofern nach nationalem Recht zulässig, für fünf Jahre, beginnend mit der Zahlung des Restbetrags, auf einem geeigneten Träger auf.

II.22.3. Der Auftragnehmer gewährt dem *Personal* des Auftraggebers und dem von diesem bevollmächtigtem externen *Personal* angemessene Rechte auf Zugang zu den Orten, an denen der Vertrag erfüllt wird, und zu allen – auch elektronisch vorliegenden – Informationen, die für die Durchführung der Kontrollen und Audits erforderlich sind. Der Auftragnehmer trägt dafür Sorge, dass die Informationen zum Zeitpunkt der Kontrolle oder des Audits verfügbar sind und auf Verlangen in einem geeigneten Format übergeben werden.

II.22.4. Anhand der bei dem Audit getroffenen Feststellungen wird ein vorläufiger Bericht erstellt. Der Auftraggeber oder sein bevollmächtigter Vertreter senden diesen an den Auftragnehmer, der innerhalb von 30 Tagen nach Eingang dazu Stellung nehmen kann. Der abschließende Bericht wird dem Auftragnehmer innerhalb von 60 Tagen nach Ablauf der Frist für die Abgabe einer Stellungnahme übermittelt.

Auf der Grundlage der Feststellungen in dem abschließenden Auditbericht kann der Auftraggeber geleistete Zahlungen im Einklang mit Artikel II.21 ganz oder teilweise einziehen und andere ihm notwendig erscheinende Maßnahmen treffen.

II.22.5. Im Einklang mit der Verordnung (Euratom, EG) Nr. 2185/96 des Rates vom 11. November 1996 betreffend die Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durch die Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vor Betrug und anderen Unregelmäßigkeiten sowie der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. September 2013 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung kann das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung Untersuchungen einschließlich Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durchführen, um festzustellen, ob im Zusammenhang mit dem Vertrag *Betrug*, Korruption oder eine sonstige rechtswidrige Handlung zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union vorliegt. Die Ergebnisse einer Untersuchung können zu strafrechtlicher Verfolgung nach nationalem Recht führen.

Die Ermittlungen können jederzeit während der *Erfüllung des Vertrags* und danach während eines Zeitraums von fünf Jahren, beginnend mit der Zahlung des Restbetrags, durchgeführt werden.

II.22.6. Der Rechnungshof verfügt für die Zwecke von Kontrollen und Audits über dieselben Rechte wie der Auftraggeber, insbesondere das Zugangsrecht.